

Internationales Baurecht
Akademische Monographie



Autor: Dmitry Semenovich Belkin
(ORCID: <https://orcid.org/0009-0003-1532-1958>)

Associate Professor (Dozent) für
Internationales Recht, Slawisch-
Griechisch-Lateinische Akademie,
Moskau, Russische Föderation. E-
Mail: dmitryb81@gmail.com

DOI: 10.64457/icl.de.ch20

***Systembildung des Internationalen Bauvertragsrechts:
Rechtsdogmatische Perspektiven auf die Rolle von Transnationalen
Unternehmen und Verfassungsprinzipien der Wirtschaftssicherheit***

Empfohlene Zitierweise: Dmitry Semenovich Belkin: Systembildung des Internationalen Bauvertragsrechts: Rechtsdogmatische Perspektiven auf die Rolle von Transnationalen Unternehmen und Verfassungsprinzipien der Wirtschaftssicherheit. In: Internationales Baurecht. Moskau: Slawisch-Griechisch-Lateinische Akademie, 2025. DOI: 10.64457/icl.de.ch20.

Das Kapitel verortet das internationale Baurecht im Gefüge des internationalen Wirtschaftsrechts und zeigt die rechtliche Vereinheitlichung mittels der von der International Federation of Consulting Engineers (FIDIC) entwickelten Musterverträge. Es skizziert die Dynamik grenzüberschreitender Projekte und den Bedeutungszuwachs transnationaler Unternehmen, analysiert Regelwerke von der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten von 1974 bis zu aktuellen Soft-Law-

Instrumenten und bezieht den Begriff der wirtschaftlichen Sicherheit ein. Die rechtsvergleichende Analyse belegt, dass FIDIC-Formulare rechtliche und finanzielle Risiken senken, indem sie Verantwortlichkeiten eindeutig zuordnen. Empfohlen werden eine Weiterentwicklung der Standards und eine intensivere multilaterale Kontrolle unternehmerischer Akteure, um Großprojekte in einer multipolaren Welt verlässlich umzusetzen.

Das internationale Wirtschaftsrecht umfasst eine Vielzahl von Normen, die globale Wirtschaftsbeziehungen regeln, darunter Handel, Investitionen und die Zusammenarbeit zwischen Staaten in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Rechtsgebiets ist das internationale Bauvertragsrecht – die Gesamtheit der Rechtsnormen und Institutionen, welche die Beziehungen und Verpflichtungen der Parteien in grenzüberschreitenden Bauprojekten ordnen. Die Komplexität solcher Vorhaben sowie die Notwendigkeit, die Interessen verschiedener Staaten und privater Akteure zu berücksichtigen, verlangen nach einer besonderen rechtlichen Steuerung. Die völkerrechtliche Zusammenarbeit in diesem Bereich fördert die Ausarbeitung einheitlicher Standards und Normen, die die Interaktion der Parteien erleichtern und ihre Rechte in Bauverträgen schützen. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Unifizierung von Vertragsmustern durch Standardbedingungen. So hebt etwa Lucas Klee die tragende Bedeutung der rechtlichen Vereinheitlichung durch die von der International Federation of Consulting Engineers (FIDIC) entwickelten Musterbedingungen hervor (Klee, 2018).

Der Drang zur Unifizierung mittels FIDIC-Formularen ist dem Bedürfnis geschuldet, homogene Rechtsrahmen zu schaffen, welche die vertraglichen Beziehungen in internationalen Bauprojekten ordnen. Der Einsatz von FIDIC-Standardverträgen senkt die rechtlichen und finanziellen Risiken bei der Projektdurchführung, erhöht die Vorhersehbarkeit rechtlicher Folgen und ermöglicht eine effiziente Risikozuordnung zwischen den Beteiligten. Dies erleichtert das Projektmanagement und begünstigt die Befolgung internationaler Normen und Branchenstandards in der Bauwirtschaft.

Der vorliegende Beitrag richtet den Fokus auf die Rolle völkerrechtlicher Mechanismen bei der Unifizierung und Regulierung grenzüberschreitender Bauverträge. Zugrunde liegen Methoden des Rechtsvergleichs und der

juristischen Analyse, einschließlich der Auswertung internationaler Instrumente und der FIDIC-Musterverträge sowie des allgemeinen transnationalen Regulierungsgefüges. Besonderes Augenmerk gilt dem Zusammenwirken nationaler und internationaler Normen, was eine vertiefte Bewertung der Rolle transnationaler Konzerne (TNK) im internationalen Bauvertragsrecht erlaubt. Die Heranziehung gesetzlicher Akte, doctrinaler Quellen und projektbezogener Beispiele ermöglicht Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Normenunifizierung und zur Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit.

Die FIDIC-Musterbedingungen sind für die Harmonisierung internationaler Vertragsnormen von Schlüsselbedeutung. Die Schaffung und Nutzung einheitlicher Vertragsmodelle standardisiert die Rechtsrahmen und reduziert die Rechtsunsicherheit für die Parteien. Durch die Unifizierung erhalten Projektbeteiligte verlässliche Zusagen zur Risikoverteilung und Pflichtenlage – ein entscheidender Faktor in komplexen, grenzüberschreitenden Vorhaben. Dies ermöglicht ein effizienteres Projektmanagement, stärkt das gegenseitige Vertrauen und erhöht die Stabilität der Rechtsfolgen im Bausektor.

Transnationale Konzerne zählen zu den Triebkräften der Globalisierung der Weltwirtschaft und beeinflussen die Entwicklung des internationalen Wirtschaftsrechts sowie die rechtliche Zusammenarbeit in verschiedenen Sektoren, einschließlich des Bauvertragsrechts, erheblich. TNK sind aktiv an großen grenzüberschreitenden Bauprojekten beteiligt; dies erfordert spezielle regulatorische Instrumente sowie eine Harmonisierung zwischen den Rechtsordnungen. Nach Angaben der UNCTAD stieg die Zahl der TNK weltweit von einigen Hundert in der Mitte des 20. Jahrhunderts auf Zehntausende gegen Ende des Jahrhunderts, was ihre wachsende Bedeutung in der Weltwirtschaft reflektiert (Zoi, 2019).

Obwohl die Mehrheit der TNK in entwickelten Staaten ansässig ist, dehnen viele ihre Tätigkeit in Entwicklungsregionen aus (rund 65 % unterhalten dort Niederlassungen). Der globale Zuschnitt ihrer Aktivität unterstreicht die Notwendigkeit einheitlicher völkerrechtlicher Regelungen. Zu den Beweggründen ihres Wachstums zählen die Begrenztheit der Binnenmärkte und der Bedarf, zur Kapazitätsausweitung auf ausländische Märkte zu gehen.

In einem Umfeld globalen Wettbewerbs und kartellrechtlicher Kontrolle suchen TNK ihre Vorteile auf Auslandsmärkten zu nutzen, wofür einheitliche Rechtsmechanismen im internationalen Bauvertragswesen erforderlich sind. Solche Mechanismen schützen die Interessen der Projektparteien und fördern die Normharmonisierung, wodurch wirtschaftliche Entwicklung und internationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Zugleich schwächt der Einfluss der TNK die traditionelle Rolle des Staates als zentraler Regulator und erhebt Konzerne zu maßgeblichen Akteuren der weltpolitischen und -ökonomischen Bühne. Da jeder Staat im Rahmen internationaler Wirtschaftsbeziehungen seine nationalen Interessen wahren will, führt die Knappheit und ungleiche Verteilung von Ressourcen zwangsläufig zu wettbewerblichen Spannungen, auch im internationalen Bauwesen. Dies verlangt wirksame Streitbeilegungsmechanismen und rechtliche Kooperation (Mantusow, 2022).

Im multilateralen Regulierungsrahmen für TNK spielen völkerrechtliche Normen in zentralen Dokumenten eine tragende Rolle. Die Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten von 1974 problematisierte erstmals den Bedarf spezifischer Regeln für TNK und betonte die Leitfunktion der Staaten bei der Setzung und Sicherung rechtlicher Rahmenbedingungen für Konzerne. Artikel 2 der Charta verankert das souveräne Recht jedes Staates, ausländische Investitionen in seiner Jurisdiktion zu regulieren und zu kontrollieren, wodurch eigenständige Vorgaben für Investoren entsprechend nationaler Prioritäten (Wachstum, Binnenmarktschutz, nachhaltige Entwicklung) möglich werden. Zugleich ermächtigt die Charta Staaten, die Tätigkeit von TNK auf ihrem Territorium zu regulieren und die Übereinstimmung mit ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Linie zu verlangen – ein Ausgleich zwischen Investitionsanreiz und Souveränitätsschutz.

Die Charta verlangt ferner, dass die Tätigkeit von TNK weder die politische Stabilität noch die soziale Ordnung der Gaststaaten gefährdet – eine Vorgabe von besonderer Relevanz für Entwicklungsländer. Entsprechend sind Mechanismen zu entwickeln, die unerwünschte Einmischungen verhindern und einen Ausgleich zwischen Kapitalzufluss und nationalem Interesse herstellen. Die Regelungswirkung der Charta schwächte sich jedoch infolge der Reaktion einzelner Staaten: So wandten sich etwa die Vereinigten Staaten

gegen strikte Vorgaben, die als Hemmnis für Freihandel und US-Unternehmensinteressen gesehen wurden. In den 1980er Jahren führte dies zu Neubewertungen und zur Herausbildung des Konzepts der „internationalen wirtschaftlichen Sicherheit“. 1987 befasste sich die UN-Generalversammlung mit dieser Idee, die der Charta verwandt ist, jedoch ohne ein verbindliches System wirtschaftlicher Rechte und Pflichten zu etablieren. In diesem Zusammenhang weist die Lehre darauf hin, dass empfehlende internationale Instrumente im Bereich der Menschenrechte – etwa die „Normen über die Verantwortlichkeiten transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf Menschenrechte“ – eine wichtige Rolle bei der Festlegung von Verhaltensstandards spielen, deren Wirksamkeit jedoch von der nationalen Umsetzung abhängt (Natapow, 2010).

Die Überprüfung von 1992 schwächte den verpflichtenden Charakter der Charta und erweiterte den Handlungsspielraum der TNK in der internationalen Arena. In der Praxis des internationalen Bauvertragsrechts gewann vor diesem Hintergrund die unternehmerische Sozialverantwortung (CSR) an Bedeutung – nicht nur als ethischer Imperativ, sondern als strategisches Risikomanagement-Instrument zugunsten nachhaltiger Entwicklung und der Befolgung internationaler Normen. Eine aktive Sozialpolitik von Unternehmen stärkt die Beziehungen zu lokalen Gemeinschaften und unterstützt eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der Regionen; dies fungiert als Kompensationsmechanismus angesichts nachlassender supranationaler Steuerung (Karandjew & Slinko, 2015).

Auf nationaler Ebene bleibt das Recht der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) ein zentrales Instrument zur Steuerung der TNK-Tätigkeit im Bausektor. Die Beteiligung von TNK ist für den Infrastrukturausbau und das Wachstum der Gaststaaten kritisch; nicht selten treten neue Unternehmen von Beginn an als transnationale Akteure auf. Die Investitionsmotive der TNK im Bauwesen lassen sich wie folgt ordnen: Marktausweitung für Bauleistungen und -technologien; Prozessoptimierung durch Innovation; Zugang zu Ressourcen des Gastlandes (Rohstoffe, Arbeitskräfte); Erwerb neuer Vermögenswerte (Immateriälgüter, Spezialgeräte). In vielen Ländern erfolgt das Engagement über Fusionen und Übernahmen oder als Greenfield-

Investitionen. Die ADI-Ströme im Bausektor wachsen weiter und prägen die globale Infrastruktur; ihre erfolgreiche Anziehung setzt günstige institutionelle Rahmenbedingungen voraus (steuerliche Anreize, Sonderwirtschaftszonen, Rechtssicherheit). Die Erfahrungen Südostasiens – namentlich Singapur und Südkorea – belegen, dass eine proaktive ADI-Strategie Hochtechnologiesektoren und die Integration in die Weltwirtschaft befördern kann (Gubajdullina, 2023).

Die wirtschaftliche Sicherheit ist eine zentrale Kategorie des internationalen Wirtschaftsrechts und der rechtlichen Zusammenarbeit – insbesondere für internationale Bauprojekte. Dogmatisch handelt es sich um eine synthetische Kategorie an der Schnittstelle von Ökonomie und Politikwissenschaft, verbunden mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit, Resilienz und Anpassungsfähigkeit. Funktional gründet sie auf der Fähigkeit des Staates und seiner Wirtschaft, externen und internen Bedrohungen zu widerstehen, deren Auswirkungen zu minimieren und Stabilität und Entwicklung zu gewährleisten (Krutikow, 2017).

Im Kontext des Bauvertragsrechts realisiert sich wirtschaftliche Sicherheit durch Risikosteuerung hinsichtlich politischer, finanzieller und institutioneller Faktoren, die die Projektrealisierung beeinflussen können. Ein Kernelement bildet die makroökonomische Stabilität, gestützt durch Strukturreformen, Innovationsförderung und investitionsfreundliche Bedingungen, einschließlich ausländischer Investitionen. In einer multipolaren Welt weisen viele Bedrohungen transnationalen Charakter auf und erfordern umfassende Sicherheitsstrategien. Da internationale Bauprojekte stark von externer Finanzierung und Partnerschaften abhängen, zielt wirtschaftliche Sicherheit darauf ab, zentrale ökonomische Interessen zu schützen, nachhaltige Entwicklung zu sichern und die Abhängigkeit von externen Einflüssen zu verringern. Ihr Zusammenhang mit Nachhaltigkeit liegt auf der Hand: langfristiges Wachstum, Beschäftigung, Infrastrukturentwicklung und Steigerung des Lebensstandards fördern Stabilität – besonders wichtig bei langfristigen Bauinvestitionen, die staatliche Unterstützung (einschließlich Maßnahmen zur Prävention wirtschaftlicher und sozialer Risiken) benötigen.

Der Sicherheitsbegriff – insbesondere in seiner ökonomischen Ausprägung – nimmt im internationalen Recht und in der Zusammenarbeit, auch im Bauvertragsrecht, eine zentrale Stellung ein. Er umfasst den Schutz lebenswichtiger Interessen des Individuums, der Gesellschaft und des Staates gegen innere und äußere Bedrohungen. In der multipolaren Gegenwart gehört dazu die Gewährleistung von Rechten und sozialem Schutz gemäß nationalen Verfassungen und internationalen Normen. Im Bausektor dient die Resilienz des Wirtschaftssystems als Indikator für die Zuverlässigkeit internationaler vertraglicher Verflechtungen und die Anpassungsfähigkeit an Krisen und Instabilität.

Die Ausarbeitung einer Konzeption wirtschaftlicher Sicherheit für das Bauvertragsrecht verlangt die Analyse ihrer theoretischen Grundlagen im internationalen Wirtschaftsrecht und die Ermittlung der Wechselbeziehungen zwischen globalen Prozessen und regionalen ökonomischen Realitäten. Eine begriffliche Synthese erlaubt es, Schlüsselrisiken und Steuerungsmechanismen herauszuarbeiten, die die Stabilität vertraglicher Beziehungen tragen. Auf regionaler Ebene erleichtert ein typologisch-indikatorischer Ansatz – mit Ebenen und Kennziffern – die Messung und Steuerung sektoraler und territorialer Risiken; die Identifikation risikogeneigter Faktoren und Neutralisationsmechanismen unterstützt die protektive Anpassung der Wirtschaft (Feofilowa, 2015). Übertragen auf internationale Projekte bedeutet dies präventive und adaptive Mechanismen, die externe Bedrohungen reduzieren und die Dauerhaftigkeit von Verträgen sichern – besonders relevant unter multipolaren Bedingungen.

Die internationale wirtschaftliche Sicherheit hängt nicht nur von der Stabilität globaler Wirtschaftsbeziehungen ab, sondern auch von Rechtsmechanismen, die die weltweite ökonomische Tätigkeit regulieren. Im Bauvertragsrecht zeigt sich dies in der Notwendigkeit rechtlicher Sicherungen zum Schutz der Interessen aller Projektbeteiligten unter Berücksichtigung ressourcenbezogener Potenziale und territorialer Besonderheiten. Auf regionaler Ebene werden Stabilität und Schutz gegen exogene Schocks durch internationale Kooperation und Normharmonisierung erreicht; dies fördert nachhaltige ökonomische Verflechtungen und verringert die Exponiertheit gegenüber negativen Außeneinflüssen.

Die nationale wirtschaftliche Sicherheit umfasst zahlreiche Komponenten – demografische, informationsbezogene, politische, soziale, verteidigungsbezogene –, deren Wirksamkeit wesentlich von der angemessenen Anwendung des internationalen Wirtschaftsrechts abhängt. Die Globalisierung erzeugt neue Herausforderungen und Bedrohungen, die Akteure auf allen Ebenen betreffen und einen strategischen Ansatz zur Wahrung der Stabilität sowie zur Abwehr externer negativer Einwirkungen verlangen – auch im Rahmen internationaler Bauprojekte (Rychagowa, 2020). Die mehrstufige Interaktion internationaler und nationaler Normen in der wirtschaftlichen Sicherheit schafft ein günstiges und sicheres Umfeld für die Durchführung internationaler Bauverträge und trägt damit zur langfristigen Stabilität und Entwicklung der Regionen bei.

Die nationalen Zugänge zur wirtschaftlichen Sicherheit variieren je nach Tradition und Rechtssystem. In westlichen Modellen – etwa dem US-amerikanischen – stehen entscheidungssouveräne Wirtschaftspolitik und die Sicherung des Lebensstandards im Vordergrund; dies spiegelt sich in strikten Vertragsklauseln und der Wahrung nationaler Interessen in internationalen Absprachen. Auf Unternehmensebene zeigt sich die Politik wirtschaftlicher Sicherheit als Bestandteil der Corporate Governance: Wirksames Risikomanagement und strategische Unternehmensentwicklung stärken den Schutz ökonomischer Interessen im internationalen Kontext (Alpysbajew, 2019). In der russischen Praxis wird wirtschaftliche Sicherheit typischerweise unter dem Blickwinkel nachhaltiger sozioökonomischer Entwicklung und des Schutzes nationaler Interessen betrachtet; dies prägt den Regulierungsrahmen internationaler Bauverträge und die Beteiligung in globalen Projekten. A. A. Remezkow definiert wirtschaftliche Sicherheit als Zustand der produktiven Kräfte der Volkswirtschaft, der nationale Interessen und Wettbewerbsfähigkeit schützt – eine nach wie vor tragfähige Definition (Remezkow, 2007).

Die Analyse unterstreicht die Bedeutung des internationalen Bauvertragsrechts innerhalb des internationalen Wirtschaftsrechts, mit Akzenten auf Normenunifizierung und Stärkung der Kooperation. Besondere Aufmerksamkeit galt der Bestimmung des anwendbaren Rechts, der Regulierung grenzüberschreitender Bauprojekte und der Rolle der TNK. Die Ergebnisse bestätigen, dass FIDIC-Formulare wesentlich zur

Risikoreduktion beitragen, die Vorhersehbarkeit rechtlicher Folgen erhöhen und die Harmonisierung von Normen im internationalen Rahmen fördern (Klee, 2018).

Vor diesem Hintergrund besteht Bedarf, die Unifizierung rechtlicher Normen im transnationalen Bauwesen weiter zu vertiefen. Der Einsatz einheitlicher FIDIC-Verträge zeigt deutliche Effekte bei Risikominderung und Vereinfachung der Interaktion zwischen den Parteien und legt nahe, internationale Standards unter den Bedingungen einer multipolaren Welt fortzuentwickeln und anzupassen. Angesichts der strukturellen Rolle der TNK sind wirksame Regulierungen und eine Koordination zwischen nationalen und internationalen Normen erforderlich. Ebenso ist es entscheidend, den internationalen Rechtsaufsichtsradius zu stärken und die Einhaltung von FIDIC-Standards sicherzustellen, um nationale Interessen zu schützen und regulatorische Rahmen zu harmonisieren – durch internationale Zusammenarbeit, die auf die Stabilität und Sicherheit vertraglicher Verflechtungen gerichtet ist (Mantusow, 2022).

Auf dieser Grundlage wird empfohlen, die unifizierten FIDIC-Vertragswerke im Lichte aktueller globaler Herausforderungen weiterzuentwickeln und die international-rechtlichen Kontrollmechanismen der TNK-Tätigkeit zu verbessern, um nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Sicherheit im Bausektor zu gewährleisten (Klee, 2018; Karandjew & Slinko, 2015).

Hinweis zur Veröffentlichung der wichtigsten Forschungsergebnisse

Wissenschaftliche Fachrichtung: 5.1.5. Internationale Rechtswissenschaften.

Internationales Wirtschaftsrecht und völkerrechtliche Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Die wichtigsten Forschungsergebnisse wurden im folgenden begutachteten Aufsatz veröffentlicht: Белкин, Д. С. Международное строительное контрактное право / Д. С. Белкин // Современный юрист. – 2024. – № 4(49). – С. 51-65. – EDN NIEEJX. EDN: NIEEJX

Literaturverzeichnis

Kapitel 20. Systembildung des Internationalen Bauvertragsrechts: Rechtsdogmatische Perspektiven auf die Rolle von Transnationalen Unternehmen und Verfassungsprinzipien der Wirtschaftssicherheit — DOI: 10.64457/icl.de.ch20

1. Alpysbayev, K. S. (2019). Die Politik der wirtschaftlichen Sicherheit als Element der Corporate Governance (Dissertation). Sankt-Petersburger Staatliche Wirtschaftsuniversität.
2. Feofilova, T. Y. (2015). Wirtschaftliche Sicherheit bei der Sicherung der Entwicklung des sozioökonomischen Systems einer Region: Theorie und Methodik (Dissertation). Universität des Innenministeriums Russlands Sankt-Petersburg.
3. Karandeev, S. M., & Slinko, A. A. (2015). Die soziale Unternehmenspolitik in der Region: Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Region: sistemy, ekonomika, upravlenie, (2), 153–158.
4. Kharlamov, A. V. (2010). Globalisierung und die wirtschaftliche Sicherheit des Staates. Izvestiya Sankt-Peterburgskogo gosudarstvennogo ekonomicheskogo universiteta, (5), 22–28.
5. Klee, L. (2018). Internationales Bauvertragsrecht. John Wiley & Sons.
6. Krutikov, V. K. (2017). Wirtschaftliche Sicherheit.
7. Malinovskaya, I. G. (2013). Transnationale Konzerne und die völkerrechtliche Regulierung ihrer Tätigkeit. Sovremennye nauchnye issledovaniya i innovatsii, (11), 30–30.
8. Mantusov, V. B. (2022). Der Welthandel im System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Litres.
9. Natapov, S. L. (2010). Transnationale Unternehmen und anwendbare völkerrechtliche Soft-Law-Instrumente im Bereich der Menschenrechte. Problemy ekonomiki i yuridicheskoi praktiki, (4), 137–139.
10. Remezkov, A. A. (2007). Theoretische und methodologische Grundlagen der wirtschaftlichen Sicherheit. Natsionalnye interesy: priority i bezopasnost, (1), 54–59.

11. Rychagova, A. A. (2020). Wirtschaftliche Sicherheit – neue Ansätze im Kontext der Globalisierung. In *Ekonomicheskaya bezopasnost: problemy, perspektivy, tendentsii razvitiya* (S. 354–358).
12. Shumilov, V. M. (2023). Die Transformation der globalen wirtschaftsrechtlichen Ordnung im Kontext einer multipolaren Weltordnung. *Rossiyskii vneshneekonomicheskii vestnik*, (5), 9–16.
13. Tsoi, E. V. (2019). Investitionen aus dem Ausland im Jahr 2017: Prognose und Realität (nach den UNCTAD-Berichten über weltweite Investitionen). *Akademiya pedagogicheskikh idei Novatsiya. Seriya: Studencheskii nauchnyi vestnik*, (4), 168–173.

© 2025 Internationales Baurecht